

# PRESSEUNTERLAGE

## zum Hintergrundgespräch der Österreichischen Universitätenkonferenz am 4. Juli 2013

### Teilnehmer:

**Rektor Heinrich Schmidinger**, Präsident der Universitätenkonferenz

**Doris Schöberl**, stellvertr. Generalsekretärin der Universitätenkonferenz

### Thema:

#### **Bilanz und Ausblick auf das neue Studienjahr**

Die Hochschulpolitik der vergangenen sechs Monate war von drei Themen geprägt: Studienplatzfinanzierung, „Lehrerinnen- und Lehrerausbildung neu“ und der Diskussion um die Notwendigkeit einer Medizinischen Fakultät für die Universität Linz. Bei all den genannten Themen anerkennt die Universitätenkonferenz (uniko) ausdrücklich das Bemühen des Bundesministers für Wissenschaft und Forschung: Er ist sicherlich der Erste in einer langen Reihe von Amtsvorgängern/innen, dem die Universitäten ein zentrales und aufrichtiges Anliegen sind und der sich für eine zukunftsweisende Positionierung derselben einsetzt. Dass die Ergebnisse bei den Themen bzw. Gesetzen zur Studienplatzfinanzierung sowie zur Lehrerausbildung nicht nur hinter seinen eigenen Zielsetzungen, sondern auch hinter den Erwartungen der uniko zurückgeblieben sind, hängt wesentlich an dem Tribut, welcher der großkoalitionären Wirklichkeit zu zollen ist. Ebenso scheint im Zusammenhang mit der geplanten Medizin-Fakultät Linz die Realpolitik letztlich den Ausschlag zu geben und sich über die Bedenken, die Bundesminister Töchterle gemeinsam mit uniko, Senatsvorsitzenden und Wissenschaftsrat geäußert hat, hinwegzusetzen. Das letzte Wort soll freilich erst am 10. Juli bei der Sitzung der Hochschulkonferenz fallen.

**Studienplatzfinanzierung.** Die uniko hat bereits zu Jahresbeginn darauf hingewiesen, dass die Bundesregierung mit ihrer wenig stimmigen Neuregelung des Uni-Zugangs die Chance zu einem „großen Wurf“ versäumt hat. Die Rektorinnen und Rektoren haben leider Recht behalten: Eine Reihe von Universitäten ist damit konfrontiert, ab Herbst 2013 in einigen Fächern weit mehr Studienfängerinnen und -anfänger aufnehmen zu müssen, als es ihre tatsächlichen Kapazitäten zulassen. Der Gesetzgeber hat sich statt der angekündigten „kapazitätsorientierten und studierendenbezogenen Studienplatzfinanzierung“ für Zulassungsverfahren entschieden, die wohl den bürokratischen Aufwand der Universitäten erhöhen, jedoch keine Entlastung in den überfüllten Studienrichtungen bewirken. Jedenfalls haben sich die Rektorate im Interesse der Studierenden bei den Registrierungsverfahren und Fristen abgestimmt und diese gemeinsam mit dem Bundesministerium für Wissenschaft und Forschung kommuniziert.

Mittlerweile wurde die uniko vom OGH mit seinem jüngsten Urteil Mitte Mai bestätigt: Das Höchstgericht hat darauf hingewiesen, dass der Bund verpflichtet sei, die Universitäten mit den nötigen Mitteln auszustatten, damit diese ihre gesetzlichen Verpflichtungen - auch bei steigender Studierendenzahl - erfüllen können. In weiterer Folge bedeutet dies: Eine echte Studienplatzfinanzierung muss sich an den Normkosten eines Studienplatzes im Sinne einer Vollkostendeckung orientieren. Die derzeit vorgestellte Verteilung von mehr oder weniger gleichbleibenden Jahresbudgets wird dem ursprünglichen, gemeinsam mit der uniko erarbeiteten Modell der Studienplatzfinanzierung nicht gerecht.

**Lehrerbildung neu.** Grundsätzlich halten die Universitäten die Neugestaltung der Lehrerinnen- und Lehrerbildung für notwendig und sinnvoll. Die uniko hat auch dem zähen Ringen der Regierungsparteien um eine einheitliche Ausbildung der Lehrerinnen und Lehrer und der Absicht, die Qualität dieser Ausbildung zu erhöhen, Anerkennung gezollt. Allerdings wurden die Bedenken bei den nunmehr beschlossenen Eckpunkten für die Reform der Lehrerinnen- und Lehrerbildung in Bezug auf den drohenden Qualitätsverlust nicht ausgeräumt. Die Gefahr bleibt bestehen, dass aufgrund des sich abzeichnenden Lehrermangels Abstriche gemacht und das Bachelor-Studium letztlich für die Lehrbefähigung ausreichen könnte. Darüber hinaus ist die Institutionenfrage (Wird es künftig wie bisher Lehrer für AHS bzw. BMHS einerseits und Pflichtschulen andererseits geben?) nicht beantwortet. Schließlich wurden – etwa durch die Einrichtung des Qualitätssicherungsrates – nicht notwendige Doppelstrukturen aufgebaut.

**Medizin-Fakultät Linz.** Die versprochene Einbettung des kostspieligen Projekts eines vierten Standorts für ein Medizinstudium (an einer öffentlichen Universität) in ein Gesamtpaket, verbunden mit einer zusätzlichen finanziellen Ausstattung für die öffentlichen Universitäten, wird von der uniko begrüßt. Dessen ungeachtet sieht die uniko – genauso wie der Bundesminister für Wissenschaft und Forschung – eine Reihe von Fragen als ungeklärt an. Präsident Schmidinger erwartet sich daher, dass vor der Sitzung der Hochschulkonferenz (HSK) am 10. Juli den Mitgliedern der HSK ein genauer Kostenplan der Medizin-Fakultät Linz vorgelegt wird. Auch eine für die bestehenden Medizin-Universitäten relevante Neuregelung des klinischen Mehraufwandes, die von der Finanzministerin als Bedingung für eine Realisierung der Medizin-Fakultät Linz genannt wurde, liegt bisher nur als Absichtserklärung vor. Die Befürworter sowohl in der Bundes- als auch in der Landespolitik gehen davon aus, dass das Projekt zeitgerecht vor der Nationalratswahl am 29. September 2013 durch die Regierung beschlossen sein wird. Umso wichtiger ist es, dass sich die Teilnehmer/innen an der Hochschulkonferenz am 10. Juli durch die Prüfung der Faktenlage ein eigenes Urteil bilden.

**Erwartungen an die neue Bundesregierung.** Die uniko bereitet derzeit einen Forderungskatalog vor, den sie rechtzeitig vor der Nationalratswahl präsentieren wird. Die Rektorinnen und Rektoren werden die nächste Regierung – in welcher Zusammensetzung auch immer – darauf hinweisen, dass die Universitäten ihrer Rolle und ihren vielfältigen Aufgaben nur dann nachkommen können, wenn die Rahmenbedingungen stimmen – etwa das Bekenntnis zum sogenannten Zwei-Prozent-Ziel des BIP für den tertiären Bildungsbereich, mittlerweile ein Stehsatz in allen Sonntagsreden. Mit den im Bundesfinanzrahmen bis 2017 ausgewiesenen Jahresbudgets scheint das Erreichen dieses Ziels in die Ferne zu rücken. Die uniko geht davon aus, dass unabhängig von der Finanzierung einer allfälligen Medizin-Fakultät Linz dieses Ziel wieder energisch ins Auge gefasst wird und entsprechende Maßnahmen für den gesamten Universitätssektor gesetzt werden.